

Herr Zielinski nimmt für die SPD Stellung. Beim Lesen der Vorlage habe er sich die Frage gestellt, ob es etwa ein EDV-Konzept gebe. Wenn ja, wäre es wünschenswert, dies dem Protokoll beizufügen. Gebe es ein solches nicht, wolle er zu den genannten Punkte etwas sagen.

Große Unternehmen mit einer geschätzten Anzahl von 3.000 – 5.000 Rechnern würden es schaffen, hardware- und softwaremäßig sowie konzeptionell eine zentrale Betreuung zu ermöglichen. Es sei ihm nicht nachvollziehbar, wieso in Eitorf eine zentrale Betreuung nicht möglich ist. Die Ausführungen in Punkt 1 seien nicht schlüssig.

Richtig sei, dass die Schulen einen Microsoft-Sondervertrag hätten. Darüber hinaus gebe es aber auch andere Software, beispielsweise Netzwerksoftware oder Sicherheitssoftware, die in beiden Feldern eingesetzt werden könne.

Hinsichtlich des Sicherheitskonzeptes habe er insbesondere im Hinblick auf die Nachrichten der letzten Monate „die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen“. Bei einem Sicherheitskonzept gehe es darum, alle Daten wie mit einer Glocke zu schützen. Insofern sei ihm nicht nachvollziehbar, dass die Belange von Verwaltung und Schulen unterschiedlich gesehen werden. Dies halte er schlichtweg für eine Ausrede.

Herr Derscheid verweist auf die unterschiedlichen Kompetenzen. Teilweise sei der Schulausschuss betroffen, teilweise die Verwaltung bei Beschaffung (Geschäft der laufenden Verwaltung). Insbesondere erfolge eine Zusammenarbeit mit fast allen Schulen. Alle Möglichkeiten der optimaleren Zusammenarbeit und Beschaffung seien im Grunde ausgereizt. Desweiteren skizziert er kurz die bisherigen Lösungen im Bereich Datenschutzbeauftragter und erklärt, dass nunmehr sowohl der Datenschutzbeauftragte als auch der stellvertr. Datenschutzbeauftragte vor Ort bestellt wurden.

Auf Nachfrage von Herrn Zielinski erklärt Herr Derscheid, dass ein mit den Schulen abgestimmtes IT-Konzept bestehe. Ggf. sei es sinnvoll, sich vor Ort bei dem IT-Beauftragten der Gemeinde, Herrn Giersig, zu informieren.

Nachdem offensichtlich Dinge passiert seien und bisher nicht bekannte Informationen vorgetragen wurden, sieht Herr Zielinski zunächst von der Weiterverfolgung des Antrages ab und wird auf das Angebot zurückkommen, sich bei der Verwaltung zu informieren.